



Buchbesprechungen

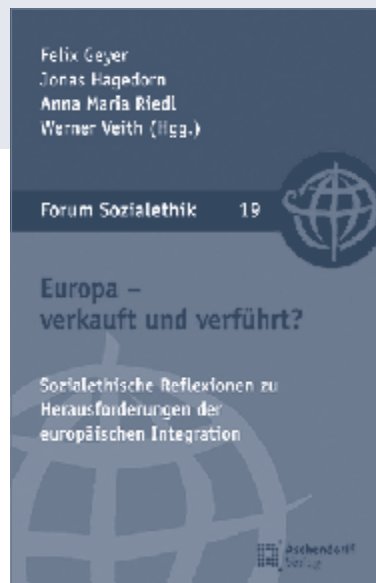
Europa verkauft und verführt?

Felix Geyer, Jonas Hagedorn, Anna Maria Riedl, Werner Veith (Hgg.): *Europa – verkauft und verführt? Sozialethische Reflexionen zu Herausforderungen der europäischen Integration*, Forum Sozialethik 19, Aschendorff Verlag: Münster 2017, 286 S., ISBN 978-3-402-10648-8.

Die Beiträge des vorliegenden Bands sind in drei thematische Einheiten gegliedert. Einer sozialetischen Standortbestimmung folgen Zugänge zum Verständnis populistischer Bewegungen. Danach werden Orientierungen praktischen Engagements vorgestellt.

Der Beitrag von Felix Geyer über „Europas Werte“ orientiert sich an Vertretern des philosophischen Pragmatismus. Deren Wertkonzeptionen unterscheiden betont zwischen faktisch Gewünschtem und Wünschenswertem, wurzeln in situativen Erfahrungen, sind kreative Leistungen des Subjekts, das auch von ihnen ergriffen wird, stiften eine selbstzentrierte Identität und Intersubjektivität, die zum Handeln motiviert. Die pragmatische Wertfolie ist aufschlussreich, aber die begrifflich variablen „Familienähnlichkeiten“ eröffnen ein Labyrinth kontrastreicher Wortfelder, dass Werte subjektiv und quasi-objektiv geartet, gruppenspezifisch artikuliert, reziprok mit Normen verknüpft und universell angenommen sind. Beliebige Wertäußerungen werden durch ein Eurobarometer erfragt, in den Verträgen rechtlich artikuliert, historisch erhoben und methodisch durch die Fähigkeit ausgewiesen, fremde Wertungen gelten zu lassen.

Michael Wolff klärt zuerst, um nicht aneinander vorbeizureden, den Begriff: „Solidarität“. Dann referiert er die Ideengeschichte der römischen Rechtsfigur, die in Frankreich im Code Civil als „gesamt-



schuldnerische Haftung für kollektiv eingegangene Verpflichtungen“ steht. Der Philosoph Lerroux ersetzt die christlich-patriarchale Barmherzigkeit durch eine symmetrisch-reziprok angelegte Rechtsverpflichtung. In der nachrevolutionären Zeit entdeckt Auguste Comte im biologischen Organismus und Émile Durkheim in anorganischen Körpern eine Analogie zur sozialen Solidarität, die sie als wechselseitige Abhängigkeit auf Grund vertiefter Arbeitsteilung beschreiben. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts formt Léon Bourgeois die philosophisch-soziologischen Ideen zu einer kohärenten Theorie des „Solidarismus“, die faktische Abhängigkeit und moralische Verpflichtung unterscheidet und aufeinander bezieht. Dies Konzept hat sich Heinrich Pesch angeeignet. Wolff vermeidet geschickt den naturalistischen Fehlschluss, der von faktischer Verstrickung auf moralische Pflichten schließt. Solidaritätspflichten und korrespondierende Rechte

gründen in Verträgen auf Gegenseitigkeit, wie sie in den EU-Verträgen bestätigt, in der Dublin III-Verordnung jedoch aufgekündigt wurden.

Jonas Hagedorn verfasst ein programmatisches Manifest, nennt den Streitgegenstand: die monetäre und fiskalische Okkupation der Eurozone durch die „Nordländer“ beim Namen. Sie haben das Regelwerk der Verträge und das Solidaritätsmandat der EU im eigenen Interesse zu Lasten der Südländer unterlaufen. Die Konfliktlinien und Aporien einer fehlkonstruierten Währungsunion hat der Autor klar gekennzeichnet. Indem er kritische Texte von Habermas, Offe und Streeck auswertet, weist er nach, wie der Zusammenhalt der Eurozone auch daran zerbricht, dass nationalstaatliche Souveränität auf Expertengremien verlagert wird. Das scharfe Urteil gegen den „Ordoliberalismus“ ist nicht überzogen, weil die von Röpke, Briefs und später Hayek angestimmte marktradikale „Begleitmusik“ (Neil-Breuning) die real existierende „bewusst sozial gestaltete Marktwirtschaft“ (Müller-Armack) ideologisch ausgehöhlt hat. Den deutschen Finanzminister – eingerahmt von „Hanseaten“ der Eurogruppe und deutschen Monetaristen – als eine Schlüsselfigur des Austeritätsregimes in der Eurozone und aggressiver deutscher Politik gegen Griechenland zu betrachten, ist zutreffend, mag dieser auch zuweilen als Verteidiger der EU als „Doppeldemokratie“ auftreten, einer „freien Republik souveräner Staaten“.

Marius Menke führt die mittlere Einheit an; er bezieht sich auf die dezisionistische Demokratietheorie von Chantal Mouffe, die behauptet, dass meist „im normativen Blindflug“ entschieden wird, ohne dass gute Gründe für diese oder je-



ne Entscheidung vorliegen. Die von Tony Blair und Gerhard Schröder vertretene These, dass ein Konsens in der politischen Mitte der Rechts-Links-Polarität vorzuziehen sei, hat die Wahlmüdigkeit und das Erstarken populistischer Bewegungen befördert. Doch für demokratische Prozesse ist der Konflikt konstitutiv. Nur sollte er auf einer symbolisch geteilten Grundlage „agonisch“ bewältigt, weder mit moralischen Absolutheitsansprüchen aufgeladen noch von dem Willen beherrscht sein, den „Feind“ zu unterwerfen. Eine „Ethik der politischen Gegnerschaft“ könnte in der EU dazu beitragen, fremde Argumente anzuhören und zu erwägen.

Jan Hendrik Herbst und Judith Wüllhorst benennen im Rückgriff auf Adornos kritische Theorie Merkmale des Rechtspopulismus: ein moralisch reines Volk gegen korrupte parasitäre Eliten und ein „Wir allein“ gegen ein fremdes „Ihr“. Die Autoren warnen vor einer dreifachen Falle der Analyse: eine moralisierende Dichotomie liberal-aufgeklärter Christen und irrationaler Populisten zu konstruieren und den Rechtspopulismus auf soziale Ungleichheit und erodierende Arbeitsverhältnisse oder auf symbolische Zuschreibungen von Kultur, Religion und ethnischen Profil zu reduzieren. Adorno denkt Strukturen und Subjekte zusammen, indem er vier Mechanismen bündelt – „autoritärer Charakter“, „pathische Projektion“, „Kälte und Gleichgültigkeit“, „Halbbildung“. Folglich finden sich im Rechtspopulismus ökonomische und kulturelle Strukturen sowie subjektive Ausdrucksformen der Ab- und Aufwertung miteinander verzahnt, die sich in Verteilungs- und in Kulturkonflikten entladen. Christlich-sozialethische Reflexionen sollten offensiv und selbstkritisch sein, „Strukturen der Sünde“ und persönliche Verantwortung dialektisch deuten, die Schrittfolge: „Sehen, Urteilen, Handeln“ als zirkuläre Bewegung begreifen.

Ivo Frankenberger erforscht konkurrierende Identitätsressourcen des Rechtspopulismus und liberaler Demokratie. Er bezieht sich auf das Modell der „Resilienz“ von Clemens Sedmak. Die populis-

tische Bewegung betrachtet den demokratischen „Liberalismus“ als inneren und den „Islam“ als äußeren Feind. Mit der Parole: „reines Volk, korrupte Elite, einheitlicher Wille des Volkes“ beansprucht sie, die gesellschaftliche Wirklichkeit klar abzubilden. Selbstherrliche Persönlichkeiten definieren den einheitlichen Willen ohne innere und äußere Pluralität. Das Angebot einer moralisch intakten Weltdeutung bedient eine Nachfrage von Individuen und Gruppen, die in den alltäglichen Irritationen eine eindeutige Identität ersehnen. Als Alternativangebot bietet sich das Modell der „epistemischen Resilienz“ an, die Fähigkeit eines Menschen, mit widrigen Umständen und Situationen umzugehen und so die eigene Identität wiederzugewinnen. „Gesellschaftliche Resilienz“ wird durch eine Kultur der Innerlichkeit und durch Selbstreflexion gewonnen. Eine „tiefe Politik“ kann die populistische Bewegung empathisch verstehen und fair mit ihr umgehen.

Das Trio Wüllhorst, Herbst und Holbein eröffnet die dritte Einheit mit der Mahnung, jede Kritik rechtspopulistischer Positionen reflexiv auszuweiten, da frau/man immer in die Verhältnisse verstrickt sind, wenn sie über „die da“ reden. Ein praktischer Weg ist die „Themenzentrierte Interaktion“ (TZI); sie reflektiert subjektive Reaktionen auf gesellschaftliche Spannungen und entwickelt konstruktive Formen sie zu bewältigen. Parallelen zwischen Adornos kritischer Theorie und Ruth Cohn, der Erfinderin der TZI, verdeutlichen die bedeutende Rolle der Mikroebene. Beide Personen verbindet die Suche nach dem, was eine Gesellschaft und Menschen brauchen, um nicht in Leid und Terror zu versinken. Die TZI schließt von drei Axiomen auf zwei existentielle Postulate: die eigene Chairperson zu sein und Störungen ernst zu nehmen. In einem Vier-Faktoren-Modell wird versucht, Sache, Person, Interaktion und Rahmenbedingungen zu balancieren. So existiert ein dualer Wegweiser sozial-ethischer Reflexion, der im Umgang mit Rechtspopulisten das Subjekt und die Mikroebene anzeigt.

Andreas Fisch konzentriert sich auf das Türkeiabkommen der EU. Beachtenswert ist der Hinweis, dass eine sozialethische Inspiration politischer Entscheidungen, weil auf lückenhafte, selten interessenfrei verfügbare Unterlagen angewiesen, begrenzt sei. Sie sollte frühzeitig erfolgen und jenseits ideal-ultimativer Positionen im Nachhinein praxisnah, politisch sensibel und mit erreichbaren Kompromissen zufrieden sein. Das Türkeiabkommen bezweckt, eine der fünf Hauptfluchtrouten nach Europa zu behindern. Als ein ethisch nicht-ideales Abkommen kann es in einer filigranen Abwägung zweit- oder drittbester Lösungen gerechtfertigt sein, weil es ethisch erstrebenswerte Güter realisiert: die Aufnahme syrischer Flüchtlinge sowie finanzielle und personelle Entlastungen Griechenlands und der Türkei. Dass fragwürdige Folgen und Nebenwirkungen in Griechenland und in der Türkei sowie im größeren EU-Raum nicht ausgeräumt sind, macht eine solche Bewertung weiterhin riskant.

Andrea Keller und Robert Kläser berichten von der Praxisreflexion einer europäischen „Summer School“ im Dortmunder Sozialinstitut Kommende. Die Teilnehmenden haben mit Blick auf die Prinzipienethik der herkömmlichen Soziallehre, unter Bezug auf Jürgen Habermas und die Charta der Europäischen Grundrechte versucht, sich einer europäischen Identität und Wertegemeinschaft zu vergewissern. Beeindruckend ist die Initiative der Kommende, die wachsende Entfremdung zwischen west- und mittelosteuropäischen Ländern der EU kontinuierlich zu durchbrechen und zukünftige Entscheidungsträger der katholischen Kirche aus Mittelosteuropa für solche sozialethischen Reflexionen im Westen zu gewinnen.

Dem Sammelband mit dem kantigen Titel ist ein Fragezeichen angehängt. Es soll wohl den dauernden Krisenmodus der Europäischen Union dämpfen, der sich während der Brexit-Verhandlungen und der Risse innerhalb der EU aufgestaut hat. Die harten Fakten sind jedoch von groben Erzählungen übertüncht: 70 Jahre

Frieden, gemeinsame Werte, viele Sprachen, Kulturen und Religionen. Zwei dieser Erzählungen klingen im Titel als „verkauft“ und „verführt“ an. Im letzten Beitrag taucht endlich die Frage auf, was mit „Europa“ gemeint sei – der Kontinent, das Abendland oder die EU.

Ein markantes Profil der Beiträge hat mich als einem in die Jahre gekommenen Vertreter der christlichen Sozialethik beeindruckt: Jüngere Nachwuchswissenschaftler dieser Disziplin haben sich fast ausnahmslos auf renommierte Autoren bezogen, deren Position skizziert und mit

dem eigenen sozialetischen Konzept konfrontiert und Handlungsperspektiven für spezifische Krisen- und Bedrohungsphänomene in der EU formuliert. Diese Vorgehensweise zu erleben, war für mich sehr lehrreich und inspirierend.

Friedhelm Hengsbach, Ludwigshafen

Deutschland ist gerechter, als wir meinen

Georg Cremer: *Deutschland ist gerechter als wir meinen. Eine Bestandsaufnahme*, München: C.H. Beck 2018, 272 S., ISBN 978-3-406-72784-9

Schon lange nicht mehr war ein Koalitionsvertrag so stark durch den Willen zu Leistungsverbesserungen des Sozialstaats geprägt wie der aktuelle. Die Debatten der letzten Jahre etwa über drohende Altersarmut oder des reformbedürftigen Pflegesystems haben darin ihren Niederschlag gefunden. Dennoch erfuhr der Vertrag teils harsche Kritik daran, dass vieles davon nicht weit genug gehe. „Deutschland ist gerechter als wir meinen“, hält Georg Cremer, bis 2017 Generalsekretär des Deutschen Caritasverbands, mit seinem gleichnamigen Buch dagegen. Mehr noch beklagt er einen Niedergangsdiskurs, der die deutschen Sozialsysteme schlechtredet. Dass er für eine Abkehr von dieser einseitig negativen Betrachtungsweise plädiert, macht er im ersten Kapitel bereits als seine Grundintention deutlich. Mit dieser nach seiner Auffassung „empiriefreien Empörung“ (S. 230) setzt er sich in den darauffolgenden sechs Kapiteln auseinander. Es folgen danach acht Kapitel, in denen je einzelne Teilbereiche des Sozialstaats analysiert werden. Die fünf letzten Kapitel bieten sodann Antworten aus Cremers persönlicher Sicht auf die Frage nach dem „Wie weiter?“.

Es sind drei Kernannahmen der Untergangspropheten, die Cremer zu widerlegen sucht. *Erstens* entgegnet er der Behauptung eines „neoliberalen“ kontinuierlichen Sozialabbaus seit den Achtzigerjahren und damit nach der häu-



fig als „Goldene Zeiten“ verklärten extensiven Aufbauphase des Sozialstaates in der Nachkriegszeit mit differenzierten Hinweisen auf die faktischen Verbesserungen etwa auf den Feldern der Jugendhilfe (Kap. 12), der Teilhabe von Menschen mit Behinderung (Kap. 13) oder der Etablierung der Pflegeversicherung (Kap. 11). Daraus schließt er durchaus mit Recht: „der viel beschworene Sozialabbau fand nicht statt“ (S. 237).

Zweitens negiert Cremer die These einer „Amerikanisierung des Arbeitsmarktes“ seit der Agenda 2010, da etwa die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung „der wesentliche Treiber der Trendwende auf dem Arbeitsmarkt“ gewesen sei (S. 59) und atypische nicht per se mit prekärer Arbeit gleichgesetzt werden dürfe (S. 60–64), obschon Cremer auch die Existenz von Schattenseiten des

jüngsten „Jobwunders“ konzediert, diese teilweise aber rechtfertigt (S. 67 ff.). Auch insgesamt fällt in dem Buch relativ häufig das Lob nicht nur auf die Politik der letzten Jahre, sondern insbesondere auf die besagte Agenda und ihrer arbeitsmarktpolitischen Wirkungen auf.

Drittens problematisiert Cremer die Behauptung, eine „Regierungspolitik der sozialen Kälte“ habe zum Erstarken des Rechtspopulismus und der AfD geführt (S. 16). Die Statistiken nämlich zeigten, dass ein großer Teil der AfD-Wähler nicht zu den sozial Abgehängten gehörten, sondern aus der – von Abstiegsängsten geplagten – Mittelschicht kämen. Außerdem habe die Große Koalition bis zur Wahl 2017 „sozialpolitisches Bemerkenswertes geleistet“, worunter Cremer etwa die Einführung des Mindestlohns und die Ausweitung der Mütterrente subsumiert (S. 17).

Zunächst ist es Georg Cremer hoch anzusehen, dass er sich für mehr Sachlichkeit und Lösungsorientierung im Sozialstaatsdiskurs einsetzt. Es drängt sich tatsächlich der Eindruck auf, dass der „Negative Bias“ besonders der Medien dazu führt, dass das Vertrauen der Menschen in den Sozialstaat sowie in die Politik leidet und zu wenig gewürdigt wird, wo der Sozialstaat bis heute weiter ausgebaut und verbessert wurde. Daher ist es richtig: „Der Sozialstaat braucht Unterstützer“ (S. 13), denn er leistet Herausragendes, christlich gesprochen kann er insgesamt durchaus als Institutionalisierung des barmherzigen Samariters (Peter Schallenberg) bezeichnet werden. Auch Cremers Würdigung der schwierigen Arbeit der Sozialpolitiker an Reformen in-

nerhalb des finanziell Möglichen liest sich geradezu erfrischend angesichts der Beliebtheit pauschaler Politikerschelten. Dennoch ist in Deutschland noch lange nicht alles gerecht, wie auch Cremer mehrfach betont. „Zähe Reformarbeit“ ist weiterhin etwa zur Vermeidung von Altersarmut, zur Arbeitsmarktintegration Langzeitarbeitsloser oder hinsichtlich des zu engen Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Bildungserfolg nötig, wie er zu Recht feststellt (S. 13). Mitunter wird Cremer aber seinem Kernziel, die Debatte versachlichen und ausgewogener führen zu wollen, nicht gerecht. Bezüglich der Agenda 2010 beispielsweise lässt er die meisten ihrer negativen Folgen außen vor und setzt sich nicht mit den Forschungen auseinander, die die Wirkun-

gen der Agenda kritischer beurteilen. Außerdem ist etwa seine Problematisierung des Konzepts der relativen Armut (Kap. 2) zwar erhellend, das gänzliche Ausblenden der absoluten Armut, die es auch in Deutschland gibt, lässt jedoch auch hier eine leichte Schiefelage erkennen, die auch bei anderen Themen teilweise auszumachen ist. Der Stil Cremers ist bei alledem meist nüchtern, mitunter aber auch humorvoll bis süffisant.

Aus sozialetischer Sicht ist besonders seinem Plädoyer für eine sorgfältige Verwendung des Gerechtigkeitsbegriffs zuzustimmen, da in unterschiedlichen Kontexten auch unterschiedliche Gerechtigkeitskonzepte einschlägig sind (S. 26). Durchgängig stark macht er den Ansatz der Befähigungsgerechtigkeit nach Mar-

tha Nussbaum und Armatya Sen, wonach dem Menschen Fähigkeiten zur Realisierung von Handlungsoptionen in Freiheit und Würde zu vermitteln sind. Eine solche Befähigungsgerechtigkeit sieht Cremer richtigerweise als notwendige Ergänzung zu der auf Umverteilung abzielenden Verteilungsgerechtigkeit an. Wenngleich populärwissenschaftlichen Stils bietet Cremers Buch letztlich abgesehen von den benannten Schwächen auch für die sozialetisch-fachliche Reflexion einen hilfreichen Überblick über die zahlreichen großen und kleinen Erfolge des Sozialstaats, ohne dass (zu viele) bestehende Gerechtigkeitsprobleme dabei ignoriert werden.

Lars Schäfers, Mönchengladbach

Ethik der Menschenrechte

Konrad Hilpert: *Ethik der Menschenrechte. Zwischen Rhetorik und Verwirklichung*, Paderborn: Ferdinand Schöningh 2019, 348 S., ISBN 978-3-506-78214-4.

Das umfassend angelegte Thema wird in drei Teilen erörtert, wobei die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* der UNO (1948) als zentraler Bezugspunkt fungiert. Der erste Teil („Grundlagen“) erklärt zunächst Menschenrechte generell als „Antworten auf historische Unrechtserfahrungen“ (19), bietet dann einen Überblick über deren Inhalt, Arten, Generationen und Systematik, behandelt ihren Status zwischen Moral und Recht und skizziert die Genese sowie die aktuellen Möglichkeiten ihrer Sicherung durch nationales Recht und Völkerrecht, Politik und Bewusstseinsarbeit. In der Darstellung ihrer Entstehungsgeschichte beginnt Hilpert mit der neuzeitlichen Aufklärung und den Menschenrechtserklärungen in Amerika und Frankreich, geht dann zurück auf relevante Aspekte der Kolonialetik des 16. und 17. Jahrhunderts in Spanien sowie auf vorbildhafte Motive in Mittelalter und Antike,



etwa Menschenwürde und Gottebenbildlichkeit. Besonders eindrucksvoll ist das Referat der Disputation von Valladolid von 1550/51 (70–78). Im letzten Kapitel geht es um das Verhältnis der katholischen Kirche zu den Menschenrechten, das im 19. und frühen 20. Jahrhundert zeitweise extrem gespannt war, was aus-

föhrlich belegt wird, sich aber seit Johannes XXIII. und dem II. Vatikanum weitgehend konvergent gestaltet.

Im Hauptteil („Inhalte“) unterscheidet Hilpert sieben Sachbereiche, in denen er die zentralen Menschenrechte, vor allem die in der Allgemeinen Erklärung genannten, verortet und ethisch sowie rechtlich präzisiert. In allen geht er auch auf die historische Genese bzw. auf die Kontexte der speziellen Unrechtserfahrungen ein, auf welche diese Rechtsansprüche antworten, und verweist auf aktuelle Konfliktfelder. Der erste Sachbereich ist die Religions- und Gewissensfreiheit, deren Voraussetzung die teilsystemische Trennung von Politik und Religion war. Der zweite betrifft das Recht auf selbstbestimmte Lebensführung, etwa Ehefreiheit, Freizügigkeit und Eigentum. Im dritten geht es um den Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit, dabei auch um Völkermord und Folter. Dem folgt viertens eine Diskussion der Todesstrafe und ihrer Menschenrechtsrelevanz. Der fünfte erörtert das Recht auf soziale Beziehungen im privaten und öffentlichen Bereich, wobei sich der Autor besonders



auf Axel Honneths Verständnis von Anerkennung und Freiheit bezieht. Privat geht es dabei etwa um Freundschaft, Ehe und Familie, öffentlich um Marktwirtschaft, Demokratie, Versammlungs-, Vereinigungs-, Koalitionsfreiheit etc. Thema des sechsten Sachbereichs ist die persönliche Selbstachtung und das gesellschaftliche Ansehen, wobei auch die Fairness im Gerichtsverfahren, das Verbot der Willkür, die Unschuldsvermutung sowie das Verbot von Diskriminierung erörtert werden. Der siebente schließlich hat die Freiheit von Not zum Thema und befasst sich mit den Rechten auf Asyl, soziale Absicherung, Arbeit, Erholung, Gesundheit, Nahrung, Kleidung sowie mit dem Recht auf Bildung.

Der dritte Teil („Probleme“) behandelt fünf aktuelle Überlegungen zum Thema. Die erste setzt sich mit dem Vorwurf auseinander, der Geltungsanspruch der Menschenrechte sei wegen ihrer europäisch-westlichen Genese nur partikulär und nicht universell. Die zweite verweist auf die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen für die globale Akzeptanz und Durchsetzung der Menschenrechte. Die dritte diskutiert am Beispiel der NATO-Intervention in Jugoslawien 1999 die Berechtigung von Krieg zum Schutz der Menschenrechte. Die vierte sucht Leitlinien für die Weiterentwicklung der Menschenrechte. Die abschließende fünfte beleuchtet das menschenrechtliche Ideal zwischen unbedingtem Geltungsanspruch und Ohnmacht. – Im

Anschluss an den Text finden sich in Anhängen zentrale Dokumente zum Thema, darunter in Auszügen die Enzyklika *Pacem in terris*, sowie Verzeichnisse der wichtigsten internationalen, europäischen und kirchlichen Organe zum Schutz der Menschenrechte.

Das Buch bietet eine ausgezeichnete und umfassende Einführung in das Thema. Der sparsame Einsatz von Anmerkungen fördert die gute Lesbarkeit des Textes. Angesichts der immensen Fülle einschlägiger Literatur wird auf eine Literaturliste verzichtet. Die Lektüre vermittelt thematisch Interessierten, etwa Studenten, grundlegende und differenzierte Informationen und Einblicke in aktuelle Fragestellungen.

Arno Anzenbacher, Mainz

Gut wirtschaften

Fisch, Andreas (Hrsg.): *Gut wirtschaften. Erzbischof Hans-Josef Becker zur Verantwortung von Unternehmern*, Paderborn: Bonifatius GmbH 2018, 111 S., ISBN 978-3-89710-769-4.

„... und mit der Kraft des Heiligen Geistes werden wir die Erde verändern.“ Mit dieser Zeile endet das Oratorium ADAM – Die Suche nach dem Menschen von Gregor Linßen. Auf die Suche nach dem Menschen begibt sich auch der Paderborner Erzbischof Hans-Josef Becker – nach dem Menschen und dem Menschlichen in der Wirtschaft. Ort der Suche sind seine Reden auf den Unternehmertagen „erfolgreich nachhaltig“ der Kommende Dortmund, dem Sozialinstitut seiner Diözese. Und auch er findet den Menschen, genauer Führungskräfte, die „aus christlichem Geist heraus“ (64) ihre Aufgabe in der Wirtschaft gestalten. Sie leben Werte, „die oft auch ihren Glauben an den gerechten und menschenfreundlichen Gott widerspiegeln.“ (46)

Dr. Andreas Fisch, Referent für Wirtschaftsethik sowie Kirchliche Dienstgeber/innen an der Kommende, hat acht



dieser Reden aus den Jahren 2011 bis 2018 zusammengestellt und mit einem Geleitwort versehen. Diese Hinführung weckt Neugierde: Sie stellt den Erzbischof als Hörenden vor und seine Reden entsprechend als Impulse für Gespräche. Sie sind nicht ortlos, sondern sprechen in aktuelle Fragen hinein und reflektieren, was

Unternehmerinnen und Unternehmer konkret bewegt. Klassisch ordnungspolitisch verortet steht bei Erzbischof Becker der Mensch im Mittelpunkt: als unternehmerischer „Pionier“ (33), als Gestalter der Rahmenordnung und nicht zuletzt als in vielfältiger Weise Betroffener. Parallel ziehen sich inhaltlich zwei Themenstränge durch die Reden hindurch: Ökologie und Nachhaltigkeit sowie Armut und Benachteiligung.

Die den ersten Teil bildende, programmatische Rede „Ethos in der Wirtschaft“ wirft historische Schlaglichter auf die Mehrdimensionalität des Menschen in der Wirtschaft. Sie eröffnet die grundsätzliche, bisweilen etwas holzschnittartige Spannung des Unternehmers wie des Konsumenten zwischen Gemeinwohl- und Gewinnorientierung. Becker reflektiert kirchliche Positionen zum Umgang mit Sklaven – von der Mahnung zur guten Behandlung bis hin zum Kampf für die grundsätzliche Abschaffung der Sklaverei, was auch für die Kirche ein selbstkritischer Lernprozess war. Davon ausgehend blickt er auf gegenwärtige Herausforderungen. Dabei betont er die



Bedeutung institutionalisierter Rahmenbedingungen für das Gemeinwohl, beispielhaft der Sozialen Marktwirtschaft. Im gleichen Atemzug benennt er die Notwendigkeit von unternehmerischen Pionieren, die neue Wege bahnen und der Wirtschaft wie der Rahmenordnung positive Impulse geben.

Die Wertschätzung und Ermutigung Beckers für den Menschen als wirtschaftlichen Akteur und Pionier kommt vor allem im zweiten Teil, „Zur wertorientierten Unternehmensführung“ zum Ausdruck. Er stellt die Gemeinwohlorientierung als Sinnhorizont für Unternehmer vor und überlegt, was das im Hinblick auf benachteiligte Menschen und die Ökologie heißen kann. Er betont ferner das Sehen als Grundlage des Urteilens und Handelns, etwa wenn er den Blick auf komplexe Verantwortlichkeiten in Produktionsprozessen richtet, an deren Ende „Menschen tatsächlich sterben.“ (41). Auch andere gesellschaftliche Herausforderungen wie die Integration Älterer und Geflüchteter gelingen aus seiner Sicht nur mit, nicht gegen oder ohne die Unternehmen. Schließlich stellt er das christliche Motiv des Guten Hirten vor und fragt, was es für ihn als Bischof und vor allem für Führungskräfte in der Wirtschaft heißen kann.

Die Rahmenordnung steht im dritten und letzten Teil „Konkretionen: Globale Verantwortung, Finanzpolitik, Energiepolitik“ stärker im Fokus. Bei aller Wertschätzung für Unternehmer sieht er zugleich auch den Staat in der Pflicht, gerade angesichts der „Schattenseiten“ (73) der Wirtschaft in Nah und Fern. Er zeigt die positiven Möglichkeiten einer redlichen Finanzpolitik auf, die „im Dienst der Gesellschaft und ihrer Realwirtschaft“ (77) steht. Die ökologisch verpflichtete soziale Marktwirtschaft bildet für Becker das Zielbild in aktuellen Debatten der Energiepolitik, in denen es auch um Gerechtigkeitsfragen geht. Den – wohl nur vorläufigen – Abschluss der Gedanken bildet eine nochmalige Betrachtung der Spannung zwischen lokaler und globaler Wirklichkeit. Becker ermutigt hier zur Übernahme von Verantwortung, zur – auch weltpolitischen – Voranstellung des Gemeinsamen und zum Einnehmen einer langfristigen Perspektive.

„... werden wir die Erde verändern.“ Erzbischof Becker findet diese Menschen, nicht zuletzt in seinen Zuhörern. Der Natur der Reden, aber auch der Gewinn des Büchleins ist, dass Unternehmerinnen und Unternehmer direkt angesprochen werden. Becker gelingt dabei ein mehrfacher Spagat zwischen persönlichen,

betriebswirtschaftlichen und strukturellen Fragen, christlichen und säkular-anchlussfähigen Ansichten sowie abstrakten Gedanken und konkreter Darstellung. Die Reden dokumentieren einen kirchlichen Gesprächsimpuls zu aktuellen Fragen der Unternehmensführung und Wirtschaftsgestaltung.

Sympathisch sind persönliche Einfärbungen des Erzbischofs in den Reden. Umso bedauerlicher ist, dass er seine Rolle als Dienstgeber von letztlich über 50.000 Menschen nicht expliziter reflektiert. Er belässt es bei Andeutungen wie dem Vorbild des guten Hirten (56–64) und Hinweisen, wie er sei „mit Ihnen [den Unternehmern; MN] auf dem Weg“ (33). Gerade aufgrund der direkten Ansprache der Teilnehmer ist das ein großes Desiderat. Weitere Desiderate bilden die kreative Aufnahme gegenwärtiger Entwicklungen wie die der Digitalisierung. Es bleibt abzuwarten, ob einer der nächsten Unternehmertage dem nachgeht. Die bisherigen Reden versprechen jedenfalls, dass auch diese Themen klug, reflektiert und nicht zuletzt anregend aufbereitet werden.

Max Niehoff, Hamburg



Grenzen – der Rechtsstaat und die Herausforderung Migration

Marco Bonacker, Gunter Geiger (Hg.): *Grenzen – der demokratische Rechtsstaat und die Herausforderung der Migration*, Leiden/Boston/Paderborn: Ferdinand Schöningh 2018, 291 S., ISBN: 978-3-506-78852-8.

Der vorliegende Sammelband ging aus einer interdisziplinären Tagung unter gleichnamigem Titel im Bonifatiushaus, der Katholischen Akademie im Bistum Fulda, hervor. Interdisziplinär versteht sich hier im umfassenden Sinne: Rechts-, Politik- und Gesellschaftswissenschaften, Theologie, Ökonomie, Philosophie sowie politische und gesellschaftliche Praxis.

Der Band erscheint zu einer Zeit, in der sich der öffentliche Handlungsdruck auf die Politik geringfügig abgemildert hat, was mit den rückgängigen Zahlen migrierender Personen zusammenhängt. Die Lektüre der Beiträge ist als gewissenhafte Aufarbeitung und Verortung der breiten und zum Teil sachentfremdeten Debatten der vergangenen Jahre sehr zu empfehlen, denn: „Die Probleme haben sich ja auch längst nicht erledigt, nur weil sich im Augenblick die Flüchtlingszahlen im Verhältnis zu den Vorjahren verringert haben“ (Papier 22).

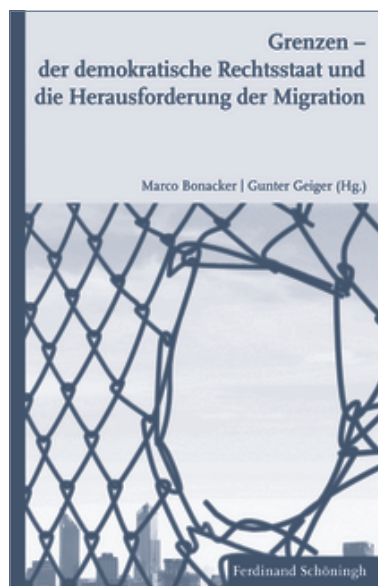
Der Band gliedert sich in vier Hauptteile, die inhaltlich aufeinander abge-

stimmt sind: beginnend mit der Analyse von Fluchtursachen, bilden Überlegungen zu den Rechten und Pflichten der Zielgesellschaften in Zusammenhang mit der Innen- und Migrationspolitik den Korpus, bevor eine Kontextualisierung der Bedeutung von Religion und Integration den Band argumentativ abrundet. Besonders wertvoll ist der insgesamt im Band erkennbare Austausch zwischen Vertreterinnen aus Theorie und Praxis. Diese Herangehensweise des Bandes ist bestens geeignet, um sich der sensiblen Frage nach der Notwendigkeit und Berechtigung von Grenzen innerhalb der Migration anzunähern.

Die Autorinnen des Bandes argumentieren zugunsten einer vernunftgetragenen Position zwischen einer gänzlichen Öffnung aller (inneren wie äußeren) Grenzen und der Abschottungspolitik einer „Festung Europa“. Die vielfältigen Fluchtursachen werden differenziert dargestellt und reichen u.a. vom Wunsch nach einem höheren Lebensstandard bis zur Flucht vor Tod und Folter; von Menschen, die endgültig ihre Heimat verlassen möchten und Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat ohne Hoffnung auf Rückkehr aufzugeben.

Den Aufschlag in Form einer einleitenden Vorbemerkung macht der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier, der wortgewandt und fachlich sicher den geltenden Rechtsstatus migrierender oder schutz- und asylsuchender Personen referiert und sodann in den politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsprozess einordnet. Angesichts der emotional eingefärbten Debatten der Vergangenheit warnt Papier vor einer „Deformation des Rechts“ und unterstreicht die Aufgabe des Asylrechts, „nämlich aktuell politisch Verfolgten Schutz zu gewähren, in der Regel durch ein vorübergehendes Aufenthaltsgesetz“ (21).

Divergenzen im Umgang mit Fluchtursachen lassen sich dort erkennen, wo eine an ökonomischen Kriterien ausgerichtete Wirtschaftspolitik auf den Ansatz der staatlichen Regulierung mithilfe entwicklungspolitischer Maßnahmen stößt: einerseits die subsidiäre Förderung einer „selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung“ in den Herkunftsländern (Günter Nooke, 25), andererseits das Plädoyer für eine eigenständige Entwicklungspolitik, „die mittel- und langfristige Wohlfahrtseffekte entwickeln kann, die zu sozioökonomischer Stabilität in den Herkunftsländern führen“ (Markus Demele, 53). Beiden Lösungsvorschlägen zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern kann man schwerlich ihre je eigene Berechtigung absprechen, jedoch kommt es darauf an, den nationalen Entwicklungsbedarf festzustellen und die bestehenden Interessen in ein multilaterales Gleichgewicht



zu bringen. Dasselbe Muster findet sich in den Beiträgen über die Integrationsvoraussetzungen sowohl der Aufnahmeländer als auch der Schutz- und Asylsuchenden, denen ein Bleiberecht in Deutschland zugesprochen worden ist. Thomas Apolte diskutiert kritisch die Rolle des Mindestlohns bei der Integration Geflüchteter in den deutschen Arbeitsmarkt und resümiert, dass „aus rein ökonomischer Perspektive heraus keinerlei Argumente für eine Begrenzung von Zuwanderung begründbar ist“ (103). Obwohl Apolte marktwirtschaftlich eher zur subsidiären Förderung tendiert, stimmt er mit der Anerkennungsexpertin Martina Müller-Wacker darin überein, dass gelingende Integration an stabile strukturelle Rahmenbedingungen gebunden ist, wie z.B. einer „dauerhaften Qualitätsentwicklung der Anerkennungspraxis“ (222). Erhellend zeigt sich in Bezug auf ihre Ausführungen einmal mehr die blickpunktspezifische Herangehensweise und Schwerpunktsetzung aus theoretischer oder praktischer Sicht. Aus der Spannung, die sich aus einer Priorisierung des Subsidiaritäts- oder Solidaritätsprinzips ergibt, folgt jeweils ein Plädoyer für eine engere, beziehungsweise weitere Interpretation der Genfer Flüchtlingskonvention.

Ebenso bedenkenswert wie verbesserungswürdig sind die Bedingungen einer

friedlichen Koexistenz der Religionen in den Herkunftsländern. Frank van der Velde diskutiert die Paradigmen des Zusammenlebens religiöser Gruppierungen, während Harald Suermann die Bedeutung von religiösen Minderheiten – hier speziell der christlichen – für die politische Stabilität oder Instabilität der Herkunftsländer hervorhebt.

Aus einem ursprünglich positiv konnotierten Begriff „Migration“, der eng mit dem *Pursuit of Happiness* verbunden war und als Indikator für eine prosperierende Gesellschaft galt, ist innerhalb kürzester Zeit ein weitgehend negativ konnotierter Begriff geworden, der in Teilen der Bevölkerung Angst vor sozialen Unsicherheiten auslöst. Arnd Küppers behandelt die undifferenzierte Vermischung von „Migration und Sozialstaat“, vor allem seitens der Kritikerinnen einer ungesteuerten Zuwanderung. Obwohl anzuerkennen ist, dass das „Problem globaler Ungerechtigkeit nicht (allein) im Wege der Migration gelöst“ werden kann, gebe es „unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit keine moralische Rechtfertigung dafür, dass die Wohlstandsnationen jene Menschen fernhalten, die das Schicksal an einen anderen, weniger mit den zeitlichen Gütern gesegneten Ort gesetzt hat“ (184). Marco Bonacker diskutiert in seinem Beitrag über die Ethik der Migration die Bedeutung des vertragstheoretischen Begründungsmodells seit John Rawls und wägt die Vor- und Nachteile offener oder geschlossener Grenzen ab. „Die Aufgaben der Hilfe und Verbesserung der global Benachteiligten löst man nicht, indem alle Benachteiligten in wohlhabendere Länder einwandern, sondern läuft durch offene Grenzen sogar noch Gefahr, Hilfsstrukturen zu zerstören und effiziente soziale Institutionen ganz aufzulösen“ (127).

Holger Zaborowski sieht in seinem Vorschlag für eine Ethik der „Flüchtlingskrise“ die Menschenwürde als Prinzip der Gerechtigkeit. Als moralisch angemessen beschreibt er „eine Position zwischen Partikularismus und Universalismus, die anerkennt, dass aufgrund universaler Rechte von Menschen sich Pflichten gegen-

über allen Menschen ergeben, dass auf der Ebene politischen Handelns aber die Pflichten gegenüber anderen Menschen abzustufen sind" (144). Die Darstellungen rundet Lars Schäfers mit einem Blick auf „Europa und das Fremde“ ab.

Abschließend werden die Integrationsmöglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung der Religion erwägt. Da die Integrationsfaktoren nicht umfassend behandelt werden konnten, leuchtet die Wahl der Religion angesichts der mehrheitlich aus muslimisch geprägten Staaten einwandernden Menschen ein. Die demoskopische Darstellung von Thomas Petersen bietet den Leserinnen die notwendige empirische Grundlage, um die folgenden Darstellungen von Hoda Salah und Nina Käsehage objektiv einordnen zu können. Hoda Salah befasst sich mit der potentiellen Attraktivität des Islamismus für Frauen und greift damit ein Thema auf, das im öffentlichen Diskurs bislang nicht ausreichend bedacht wurde.

Sie weist darauf hin, dass die säkularen Frauenbewegungen innerhalb des Islam ebenso für ihre individuellen Rechte eintreten wie für eine Neubestimmung der tradierten Geschlechterrollen. Schließlich behandelt Nina Käsehage die salafistische Radikalisierung im Kontext der (Flucht-)Migration.

Die Autorinnen weisen unisono darauf hin, dass die Darstellung und Behandlung der äußerst komplexen Situation nicht auf wenige Faktoren reduziert werden darf. Eine politisch kalkulierende Auswahl verbiete sich ebenso wie eine populistische Vereinfachung, insbesondere, wenn die Tragfähigkeit ethischer und juristischer Normen Gegenstand der Untersuchung ist. Eine aufrichtige und sachbezogene Problemanalyse ist auch hier geboten, gerade, wenn die Realität alarmierend erscheint und auch dann, wenn eigene Fehler eingestanden werden müssen.

Kritisch anzumerken ist: Die zum Teil mangelnde Belastbarkeit der bestehen-

den rechtlichen Regelungen hätte stellenweise deutlicher benannt werden und die jeweiligen institutionellen Kompetenzen innerhalb des föderalen Systems auf ihre Funktionsfähigkeit hin kritischer bewertet werden können. Vor allem eine Einordnung in den größeren Rahmen europäischer Zusammenarbeit und die perspektivische Rolle Deutschlands ist nicht ausreichend zur Sprache gekommen; ebenso die konträren Agenden der europäischen Staaten zwischen Multilateralismus, nationalstaatlichen Bestrebungen und Forderungen nach den Vereinigten Staaten von Europa.

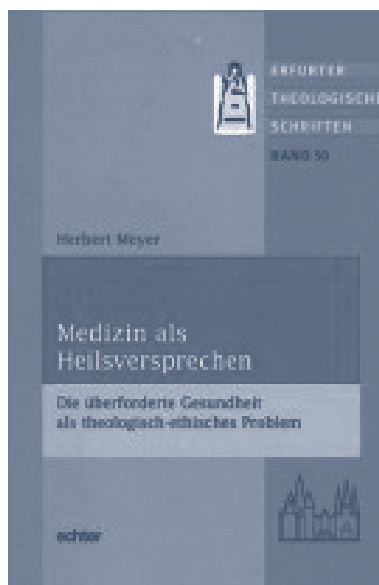
Insgesamt liegt mit der Veröffentlichung ein profund komponierter Sammelband vor, der ein hohes Maß an praxisbezogener Reflexion leistet und als wertvoller Beitrag innerhalb der Migrationsdebatte mit Nachdruck empfohlen werden kann.

Marius Menke, Osnabrück

Medizin als Heilsversprechen

Herbert Meyer: *Medizin als Heilsversprechen. Die überforderte Gesundheit als theologisch-ethisches Problem* (Erfurter Theologische Schriften, Band 50), Würzburg: Echter-Verlag 2018, 195 S., ISBN 978-3-429-04498-5

Seit Jahren schon wird sowohl in der wissenschaftlichen Fachwelt als auch in den Medien über das sich verändernde Verständnis von Krankheit und Gesundheit diskutiert. Die Debatte ist nicht trivial. Sie hat vielmehr eine immense Strahlkraft, ihre Folgen sind weitreichend: Es geht um das Selbstverständnis der heilenden Berufe, um die Reichweite traditioneller Deutungsmuster (wie dem der medizinischen Indikation) und am Ende auch um die Finanzierung unseres Gesundheitssystems (angesichts des demographischen Wandels und dementsprechend knapper werdender finanzieller Ressourcen). Die Rede vom „Gesundheitskult“ (Karl Gabriel) oder der „Medikalisierung des Lebens“ (Ivan Il-



lich) können als Wegmarken dieses Klärungsprozesses verstanden werden.

Einen weiteren Beitrag zu diesem Prozess möchte Herbert Meyer mit der

vorliegenden Arbeit leisten. Ausgehend von der praktischen Erfahrung des klinisch-ambulanten Alltags einerseits und der Pastoral andererseits geht der Autor mit im Kern empirischen Mitteln der Vermutung nach, dass die Medizin mit den ihr entgegengebrachten Erwartungen und Hoffnungen überfordert zu werden droht.

Nach einer kurzen Hinführung werden drei Zugänge zum Gesundheitsbegriff beschrieben: Neben dem Zugang über Hans-Georg Gadamer's Diktum von der „Verborgenheit der Gesundheit“ (und exemplarischen christlich-theologischen Interpretationen) gelangt der Autor über den Heilsbegriff zu religionssoziologischen Interpretationen durch Thomas Luckmann und Karl Gabriel. Die verfasste Kirche, so ein wichtiges Zwischenfazit, hat schon lange kein Monopol mehr auf die religiöse Deutung der Welt und des Lebens der Menschen. Auch wenn Menschen Gefahr laufen, sich voreilig



„mit der kleinen oder mittleren Transzendenz ihres körperlichen Wohlbefindens und der mehr oder weniger egoistischen Bedürfnisbefriedigung darin“ (S. 53) zufrieden zu geben, entscheiden sie doch selbst über ihre Ziele im Leben, ihre Werte und letztlich auch den Stellenwert der eigenen Gesundheit.

Die neutestamentlichen Zeugnisse im nächsten Kapitel weisen darauf hin, dass Heilung und Heil seit jeher eng miteinander verwoben waren. Schon im Alten Testament wurde von Gott als dem Arzt gesprochen (Ex 15,25b-26). „Die ganz konkrete, ja geradezu medizinische Hilfe, die Gott, der Arzt, zur Verfügung stellt, steht zugleich für das tiefe erlösende und befreiende Tun, das er im Geheimnis seiner Transzendenz mit seinem Heil den Menschen schenkt“ (S. 87). Wie schlägt sich der beim Menschen zumindest implizite Zusammenhang von Heil und Heilung praktisch nieder?

Die im klinischen Kontext (Poliklinik für Endokrinologie und Stoffwechselerkrankungen der Universitätsklinik Jena) sowie im ambulanten Bereich (Haus-

arztpraxis) vorgenommenen Patientenbefragungen zeigen, dass die Erwartungen an Medizin (und sogar an Naturheilverfahren) deutlich höher sind als die Erwartungen an die Kirche. Dies betrifft die abgefragten Parameter Heilung, Linderung, Hoffnung, Führung, Orientierung, Unterstützung, Trost, inneren Frieden und Rat. Allein gegenüber den Naturheilverfahren erhoffen sich die Befragten von „den Kirchen, den Seelsorgern, Pfarrern, und anderen Vertretern der Religionsgemeinschaften für mich und mein Leben“ geringfügig mehr Trost und inneren Frieden. Auch Rat und Hilfe zu gesundheitlichen und ungeklärten Fragen sowie zu Niedergeschlagenheit und Traurigkeit (suchen und) erwarten religiöse wie nichtreligiöse Menschen eher bei einem Arzt als bei einem Seelsorger oder Vertreter einer Religionsgemeinschaft. Allein Familie und Freunde kommen bei der Suche nach Hilfe im Leben an den Stellenwert heran, den Ärzte und Medizin einnehmen. Der Zusammenhang von Heils- und Heilungserwartung verschiebt sich eindeutig in Richtung der Medizin. Mit Blick auf die Kirche

scheint man konstatieren zu müssen, dass sich deren Heilsangebot und Heilsverkündigung zu sehr abstrahiert hat von den konkreten Bedürfnissen und Sorgen der Menschen. Der Autor folgert daraus, dass die Patienten der Kirche ihren Platz dort zuweisen, wo Medizin und Naturheilverfahren an ihre Grenzen kommen.

Wie kann die Zusammenarbeit von Medizin und Theologie konkret aussehen? Der empirischen Zugangsweise eigen ist der Fokus darauf, was Patienten von der Kirche erwarten. Dem müsste jedoch gegenüber gestellt werden, was die Kirche den Patienten zu bieten hat. Denn das Angebot der Kirche sowie die von ihr verkündete Botschaft sind nicht allein abhängig von ihrem Publikum, oder marktwirtschaftlich ausgedrückt von der Nachfrage danach. Eine etwas weniger auf Kompaktheit angelegte philosophisch-theologische Einführung unter Berücksichtigung einer größeren Bandbreite von (aktuellen) Arbeiten hätte dem Leser vielleicht Ansätze zu möglichen Antworten geliefert. Es bleiben einige Fragen offen.

Klaus Kother, Dortmund

Umweltpolitik: global und gerecht

Martin Dabrowski, Judith Wolf, Karlies Abmeier (Hg.): Umweltpolitik: global und gerecht, Leiden/Boston/Paderborn: Ferdinand Schöningh 2019, 195 S., ISBN 978-3-506-70576-1.

„Globale und gerechte Umweltpolitik ist leichter gesagt als getan“, schreibt Karsten Mause am Ende seines Beitrags in dem Tagungsband „Umweltpolitik: global und gerecht“. (43) Die Publikation eines interdisziplinären Gesprächs zwischen Sozialethikern, Ökonomen, Politikwissenschaftlern und Klimaforschern ist Ausdruck der Komplexität der umweltpolitischen Herausforderungen. Die Beiträge einer Tagung vom 24.-25. September 2018 im Franz-Hitze-Haus sind eine spannende und spannungsreiche Einführung in eine zukunftsfähige Umweltpolitik.



Durch die Beiträge ziehen sich zwei rote Fäden: Zum einen die Frage nach einem gemeinsam getragenen Leitbild der Umweltpolitik. Jochen Ostheimer kritisiert die unverbindliche allgemeine Verwendungsweise des Begriffs Nachhaltigkeit. Als normatives Leitbild der Umweltpolitik muss ein Nachhaltigkeitskonzept den Dimensionen des Pragmatisch-Klugen (Effizienz), des gelingenden Lebens (nachhaltiger Lebensstil bzw. ökologische Lebenskunst) und sowie der Gerechtigkeit (wechselseitige Verpflichtungen) beachten. Sonja Thielges, Rainer Quitzow und Ortwin Renn problematisieren die „Leitbildkonkurrenz“ (81) am Beispiel der divergierenden Leitbilder der deutschen, amerikanischen und chinesischen Umweltpolitik. Diese Konkurrenz führt dazu, „dass globale Märkte und Finanzströme nicht konsequent auf erneuer-



bare Energietechnologien ausgerichtet werden können". (84) Sabine Schlacke verweist auf das neue EU-Leitbild einer integrativen Energie- und Klimapolitik: Um erfolgreich zu sein, muss die deutsche Energiewende zu einer solchen integrativen Klima- und Energiepolitik weiter entwickelt werden (97). Johannes Wallacher plädiert im Anschluss an die Päpste Paul VI. und Franziskus für die Leitvorstellung eines „ganzheitlich-inkluisiven Gemeinwohls“, dass das Wohl aller Menschen sowohl global als auch generationenübergreifend in den Blick nimmt. Voraussetzungen eines solchen Leitbilds sind die Befriedigung der Grundbedürfnisse, gerechte verteilte Handlungs- und Beteiligungschancen und eine angemessene Beteiligung an fairen Entscheidungsprozessen.

Ein zweiter roter Faden ist die notwendige Bepreisung der Emissionen (etwa durch eine CO₂-Steuer, Zertifikatehandel), um sie (und andere Treibhausgase: Eric Meyer 59) schnell zu mindern. Da die Treibhausgase global wirken, brauchen solche Instrumente, um effizient zu sein, bislang fehlende verbindliche globale Abkommen. Daher bleiben zunächst für die Bekämpfung des Klimawandels nur „Second-Best-Lösungen“ (Eric Meyer 59) wie nationale Regelungen, Selbstverpflichtungen oder „Vorreiterallianzen“ (etwa innerhalb der EU: Sabine Schlacke 98). In solchen Bündnissen könnte die deutsche Politik wichtige Impulse für die globale Energietransformation setzen, wozu sie aber „deutlich ambitionierter“ werden muss (Sonja Thielges, Rainer Quitzow, Ortwin Renn 86).

Das Buch gliedert sich in vier Teile: den umweltpolitischen Herausforderungen, einer zukunftsfähigen Energiepolitik, dem wichtigen Thema des Bodenschutzes und der Rolle des wirtschaftlichen Wachstums. Jochen Ostheimer beschreibt nach der Skizze eines normativen Nachhaltigkeitskonzepts das Zeitalter des Anthropozäns als kognitiven Rahmen für die Gestaltung der Umweltpolitik. Verstanden als tiefgreifende Gestaltung des Planeten durch den Menschen, werden die gängigen Unterschei-

dungen zwischen natürlich, sozial oder kulturell komplex. Für die Umweltpolitik bedeutet dies, dass sie als Weltinnenpolitik und Gesellschaftspolitik (21) sowie als Kulturaufgabe (23) begriffen werden muss. Um der Gefährdung des Erdsystems zu begegnen, müssen die planetarischen Grenzen eingehalten werden. Gefordert ist eine Umweltpolitik, die angesichts der vielfältigen Wechselwirkungen komplex und „mehrfach vernetzt“ (24) vorgeht und die moralische Verantwortung der unterschiedlichen Akteure (Staaten, Unternehmen, Einzelne) einbezieht.

Karsten Mause ergänzt in seinem Beitrag „Homo oeconomicus im Treibhaus Erde“ die Ausführungen von Ostheimer um drei Herausforderungen: Umweltpolitik in Zeiten von „Fake News“, „Anhaltende Knowing-Doing Gaps“ und die „Schwierigkeiten einer globalen und gerechten Umweltpolitik“. Gegen die Leugnung gesicherten Wissens um die Herausforderungen einer nachhaltigen Umweltpolitik durch Bevölkerungsteile und politische Akteure helfe nur die „Sisyphusarbeit“, in die öffentliche Debatte „immer und immer wieder“ das gesicherte Wissen einzuspeisen (39). Eine Sisyphusarbeit ist es zugleich, die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln („Knowing-Doing Gap“) zu schließen. Moralische Appelle sind dabei für Umweltökonominnen kein wirkungsvolles Mittel. Sie setzen eher auf Anreizstrukturen, die umweltschädigendes Verhalten bestrafen bzw. umweltfreundliches belohnen. Auf internationaler Ebene können solche Instrumente nicht greifen, wenn gerade große Staaten wie die USA sich globaler Umweltpolitik verweigern.

Eric Meyer diskutiert umweltökonomische Instrumente, um den umweltpolitischen Herausforderungen zu begegnen. Aus einer ökonomischen Betrachtung besteht das Umweltproblem in einer Konkurrenz unterschiedlicher Interessen an der Nutzung der Umwelt. Solche Nutzungsrechte lassen sich ökonomisch als Eigentumsrechte fassen, für deren Nutzung Kosten entstehen. Unter der Voraussetzung, dass sich Folgen der Umweltnutzung und der Aufwand ihrer Bestimmung

bekannt sind und messen lassen, stellt Meyer unterschiedlich ökonomische Instrumente (Ordnungsrecht, Steuerlösungen, Zertifikatehandel) im Blick auf ihre Umweltwirkungen vor. Anschließend diskutiert er kritisch Faktoren, die von den umweltökonomischen Instrumenten nicht erfasst werden, etwa fehlendes Wissen um Kosten, technologische Innovationen, Substitutionstechnologien (wie ein effektives Bahnsystem anstelle des Autoverkehrs) oder Zielkonflikte (wie z.B. Gebäudeisolierung versus günstigen Wohnraum).

Für Sonja Thielges, Rainer Quitzow und Ortwin Renn ist das zentrale Ziel einer zukunftsfähigen Energiepolitik die weitgehende Dekarbonisierung des Energiesystems. Mit seiner Energiewende hat Deutschland eine Vorreiterrolle auf internationaler Ebene eingenommen. Um eine Energiezukunft ohne fossile Energie zu erreichen, muss die deutsche internationale Energiewendepolitik das Leitbild der nachhaltigen Energietransformation international verbreiten und stärken. (62) Diese internationale Transformation birgt aber auch geostrategische, wirtschaftliche und soziale Risiken, die im Beitrag skizziert werden. Ein großes Hindernis der Energietransformation sind die unterschiedlichen Ideen und Leitbilder zur Energiezukunft auf internationaler Ebene. In einem eigenen Kapitel wird das deutsche dem amerikanischen und chinesischen energiepolitischen Leitbild mit den Auswirkungen auf die internationale Energiepolitik gegenüber gestellt.

Sabine Schlacke hält die Hoffnung auf eine globale Energietransformation für zu optimistisch. Der Erfolg der deutschen Energiewende hängt für sie maßgeblich von der Energie- und Klimapolitik der EU ab (94), die sie skizziert. Eine erfolgreiche Energiewende hat drei Voraussetzungen: die Zusammenarbeit oder Zusammenlegung der getrennten Ressorts für Klimaschutz und Energiepolitik, die Umsetzung der Klima- und Energiepolitik durch ein Klimaschutzgesetz (einschließlich des Netzausbaus und dem Ausstieg aus der Kohle) sowie die frühzeitige öffentliche Beteiligung.

Jochen Wiemeyer widerspricht einer optimistischen Einschätzung der deutschen Energiewende und kritisiert deren Unzugänglichkeiten und Widersprüche. Er spricht sich ebenfalls für ein gemeinsames europäisches Leitbild aus. Dieses Leitbild muss durch positive Anreize und Sanktionen unterstützt werden. Auf internationaler Ebene muss Umweltpolitik auch Maßnahmen zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums in den Blick nehmen.

In einem langen, überaus informativen Beitrag betonen Bernd Hansjürgens, Stefan Möckel und Bartosz Bartkowski den Bodenschutz als zentrales Feld der Umweltpolitik. Der Boden ist eine entscheidende Komponente in den Ökosystemleistungen. Der Beitrag stellt die vielfältigen Funktionen des Bodens vor, seine (dramatischen) Gefährdungen durch Versiegelung und intensive landwirtschaftliche Nutzung sowie seine weltweite ungerechte Übernutzung durch die Industrienationen (z.B. land grabbing, Fleischkonsum). Die Multifunktionalität des Bodens, insbesondere die Eigenschaften eines öffentlichen Gutes, macht es schwierig, Nutzungsrechte zu definieren, so dass häufig zu Fehlanreizen kommt (128). Der Bodenschutz verlangt sowohl eine Umorientierung der Landwirtschaft (was der Politik schwer fällt) als auch eine umfassende Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme.

Mattias Kiefer fasst die Positionen der christlichen Sozialethik zum Schutz des Bodens zusammen. Am Beispiel des Erzbistums München-Freising beschreibt er

anschließend die vielfältigen Ziel- und Interessenskonflikte, in die Kirchen „als Träger öffentlicher Belange“ (150) bei der Verwendung oder Verpachtung ihres Grundbesitzes geraten.

Den letzten Teil des Tagungsbandes zur Rolle des „Wachstums“ in der Umweltpolitik eröffnet Johannes Wallacher mit dem Thema „Wachstum im Dienst nachhaltiger Entwicklung“. Er plädiert für einen erweiterten Gemeinwohlbegriff als Grundlage der Nachhaltigkeit mit einer „verschärften Sozialpflichtigkeit“ gegenüber den Gemeingütern (158). Sein Beitrag bietet eine knappe wie informierte Zusammenfassung der gegenwärtigen Debatte um das (Post-)Wachstum und konkretisiert sie auf den „grundlegenden Wandel“ durch eine sozial-ökologische Modernisierung (165).

Tobias Gumbert und Doris Fuchs teilen in ihrem Beitrag „Nachhaltige Entwicklung ist Wohlstand ohne Wachstum“ den Optimismus einer marktorientierten ökologischen Modernisierung nicht. Sie verweisen auf ein „gigantisches Marktversagen“ (177). Wirtschaftlicher Wohlstand und Naturverbrauch lassen sich nicht entkoppeln. Sie argumentieren eindringlich Nachhaltigkeit und Gemeinwohl als demokratische Herausforderungen in den Blick zu nehmen (was in den anderen Beiträgen nur am Rande erwähnt wird), insbesondere in der Frage: „Was heißt für uns ‚gut zu leben‘ im Rahmen biophysischer Grenzen.“ (180)

Christian Müller bezweifelt die These, dass Wachstum und Nachhaltigkeit ein Widerspruch sind. „Ein Verzicht auf

wirtschaftliches Wachstum wäre keine Lösung der angesprochenen Herausforderungen, sondern ein zusätzliches Problem.“ (191) Müller verweist anhand von empirischen Studien auf die engen Zusammenhänge von wirtschaftlichen Wachstum mit Verteilung, Beschäftigung, Lebenszufriedenheit sowie Rechtsstaat und Demokratie. Er kritisiert die „grundlegende Ablehnung marktwirtschaftlicher Systeme“ (191).

Die Einsicht in die dramatischen umweltpolitischen Herausforderungen ist der gemeinsame Ausgangspunkt der Autorinnen und Autoren. Sie hält ihre unterschiedlichen Positionen trotz zum Teil gegenseitiger Kritik zusammen. Dieses Ringen um erfolgreiche Ansätze und Instrumente der Umweltpolitik unterscheidet das Buch von der lähmenden Blockade der Rede und Gegenrede im gegenwärtigen öffentlichen politischen Diskurs. Zwar gibt es gegenwärtig ein überraschendes und erstaunliches öffentliches Interesse an den ökologischen Themen, aktuell getragen von den Sorgen um das Insektensterben und der *fridays for future*-Bewegung. Gleichzeitig gewinnen die rechtspopulistischen Parteien an Zulauf, die die umweltpolitischen Herausforderungen generell in Abrede stellen. Schon von der Notwendigkeit einer zukunftsfähigen Umweltpolitik zu überzeugen, braucht es ein beharrliches, ausdauerndes Engagement. Das lesenswerte Buch „Umweltpolitik: global und gerecht“ bietet dazu reichlich Argumentationsfutter.

Detlef Herbers, Dortmund